



16. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Inklusion

Gremium: Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion

Sitzungstermin: Dienstag, 19.01.2016, 18:00 Uhr

Ort, Raum: Raum 1.077, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der Sitzung**
- 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 15.12.2015 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 2 **Informationen der Verwaltung**
- 3 **Berichte der Beiräte und des Inklusionsgremiums**
- 4 **Bestätigung der Förderprojekte freiwilliger Leistungen 2016**
- 5 **Themenplanung 2016**
- 6 **Bericht zum Stand Kindergesundheitshaus**
- 7 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**
- 7.1 Unabhängige Beratungsstelle für Menschen mit Beeinträchtigung
15/SVV/0575 Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU/ANW
- Wiedervorlage -
- 7.2 Soziale Arbeit mit Flüchtlingen in der Landeshauptstadt Potsdam
15/SVV/0743 Fraktion DIE LINKE
- Wiedervorlage -
- 8 **Sonstiges**

Herr Bertram Otto

SPD

entschuldigt

Gäste:

Frau Magdolna Grasnack
Herr Frank Thomann
Frau Dr. Kristina Böhm
Frau Kristina Trilk
Frau Nicole Prestin
Herr Robert Werner
Frau Martina Spyra

Büro für Chancengleichheit und Vielfalt
FB Soziales und Gesundheit
Bereich Öffentlicher Gesundheitsdienst
Bereich Bürgerservice
Bürgerservicecenter
Bereich Bildung
Schriftführerin

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 03.11.2015 und vom 17.11.2015 /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 2 Informationen der Verwaltung
- 3 Berichte aus den Beiräten und dem Inklusionsgremium
- 4 Wahl eines Mitgliedes des GSI-Ausschusses in die Trägerversammlung des
Jobcenters Potsdam
- 5 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 5.1 Antragsformular zur Ermäßigung oder Befreiung von der
Personalausweisgebühr
Vorlage: 15/SVV/0703
Fraktion DIE aNDERE
- Wiedervorlage -
- 5.2 Soziale Arbeit mit Flüchtlingen in der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 15/SVV/0743
Fraktion DIE LINKE
- Wiedervorlage -
- 5.3 Berücksichtigung von Vorbereitungsklassen bei der Planung/Errichtung von
Schulneubauten
Vorlage: 15/SVV/0800
Fraktion CDU/ANW, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 6 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Frau Eisenblätter stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 6 von 7 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist die Beschlussfähigkeit des Ausschusses gegeben.

zu 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 03.11.2015 und vom 17.11.2015 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Zunächst bittet Frau Eisenblätter um Abstimmung über die Niederschrift vom 03.11.2015.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 5
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 1

Dann stellt sie die Niederschrift vom 17.11.2015 zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 5
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 1

Abstimmung zur Tagesordnung:

Frau Schulze weist darauf hin, dass der Antrag 15/SVV/0743 (neue Fassung) und die DS 15/SVV/0800 nicht mit den Sitzungsunterlagen an alle sachkundigen Einwohner ausgereicht wurden.

Frau Eisenblätter stellt die Tagesordnung zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 0

zu 2 Informationen der Verwaltung

Frau Dr. Kristina Böhm (Bereich Öffentlicher Gesundheitsdienst) stellt sich dem Ausschuss vor. Frau Dr. Böhm ist seit dem 01.12.2015 als leitende Amtsärztin in der Landeshauptstadt Potsdam tätig.

Herr Thomann (FB Soziales und Gesundheit) informiert über die aktuelle Situation Flüchtlinge. Er teilt mit, dass es beim Bezug der Leichtbauhallen in Neu

Fahrland eine leichte Zeitverzögerung gibt. Die Bauabnahme erfolgt am 22.12.2015.

Am 04.01.2015 wird von 15:00 Uhr bis 18:00 Uhr der Tag der offenen Tür durchgeführt, so dass ab dem 05.01.2016 der Bezug erfolgen kann.

Herr Schubert regt an, den Tag der offenen Tür zeitlich etwas verlängern, da es sich um einen Arbeitstag handelt.

Frau Basekow sagt dies zu.

Auf Nachfrage teilt Herr Thomann mit, dass bis zum Bezug der Leichtbauhallen in Neu Fahrland alle erforderlichen Hallen zur Verfügung stehen. Bezüglich der Lieferung für die Herde kann derzeit noch keine Aussage getroffen werden. Er kann aber bestätigen, dass die Bewohner selbst kochen sollen. Dies ist so auch für die Sandscholle vorgesehen.

Des Weiteren teilt Herr Thomann mit, dass der Mietvertrag für das Objekt „Alter Landtag“ unterschrieben ist. Mietbeginn ist der 15.12.2015. Für die Sanitärversorgung werden die entsprechenden Container aufgestellt. Darüber hinaus wurde Kontakt zum Schwimmbad am Brauhausberg aufgenommen, um die dortigen Duschen nutzen zu können. Der Tag der offenen Tür für den „Alten Landtag“ findet am 21.12.2015 statt. Ab dem 22.12.2015 soll mit der Belegung des Objektes begonnen werden.

Auf Nachfrage bezüglich der mangelhaften Beleuchtung auf dem Weg zum Bad berichtet Herr Thomann, dass es gemeinsam mit Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen einen Besichtigungstermin gibt und auch für Abhilfe gesorgt wird.

Frau Basekow weist darauf hin, dass die Treppe zum Schwimmbad defekt und deshalb abgesperrt ist.

Frau Schulze regt an, auch mit den Stadtwerken in Kontakt zu treten, da diese Eigentümer des Grundstücks der Schwimmhalle sind.

Herr Thomann informiert, dass Ende Januar/Anfang Februar 2016 die Leichtbauhallen in Drewitz und am „freiLand“ in Betrieb genommen werden sollen. In der Zeppelinstraße steht ein Objekt der Bundeswehr zur Verfügung.

Es gibt auch Notfallvarianten, die zur Verfügung stehen. Für Notfälle steht z.B. die Caligari-Halle zur Verfügung.

Bezüglich der Zuweisungszahlen für 2016 gibt es bisher keine Aussagen. Es wird mit 2.500 bis 2.600 Personen gerechnet, für die auch nach Unterkunft gesucht wird.

Frau Müller-Preinesberger ergänzt, dass die Landeshauptstadt Potsdam ab 2016 verstärkt die Unterbringung in Wohnungen anstrebt.

Auf Nachfrage informiert Herr Thomann, dass die Infoveranstaltung zum Objekt im Konsumhof am 10.12.2015 stattfand. Die Informationsveranstaltung für die Gemeinschaftsunterkunft in der Zeppelinstraße wurde am 14.12.2015 durchgeführt. Beide Veranstaltungen sind gut gelaufen.

Der Träger der Einrichtung im Konsumhof hat das Objekt zur Verfügung gestellt. Dieser Träger betreut bereits Flüchtlingsunterkünfte in Berlin und hat die entsprechenden Erfahrungen. Das Objekt soll in ca. 4 bis 5 Wochen bezugsfertig sein.

Abschließend teilt Frau Müller-Preinesberger mit, dass am 15.12.2015 die Sammelstelle für Spenden in der Haeckelstraße 74 übergeben wurde. Derzeit ist nur die Annahme von Spenden möglich. Sobald die erforderlichen Stellen zur Verfügung stehen, erfolgt auch die Ausgabe der Spenden. Spätestens ab März 2016 soll die Ausgabe erfolgen.

Die Spendenstelle hat dienstags von 6:30 Uhr bis 12:00 Uhr und donnerstags von 12:00 Uhr bis 18:00 Uhr geöffnet.

Frau Schulze weist darauf hin, dass in der Sitzung des GSI-Ausschusses am 15.12.2015 eine Information zum Stand Kindergesundheitshaus gegeben werden sollte. Sie macht auch darauf aufmerksam, dass das Auswahlgremium für Förderprojekte freiwilliger Leistungen 2016 bisher nicht eingeladen wurde.

Herr Thomann erklärt, dass das Auswahlgremium noch in diesem Jahr einberufen werden soll. Die Information zum Stand Kindergesundheitshaus erfolgt in der Sitzung am 19.01.2016.

zu 3 Berichte aus den Beiräten und dem Inklusionsgremium

Herr Puschmann berichtet, dass Sitzung des **Seniorenbeirates** am 01.12.2015 im Zentrum für Altersmedizin in der Weinbergstraße stattfand. Der Seniorenbeirat bedauert, dass dort die Kurzzeitpflege zurückgefahren werden soll.

Dazu erklärt Frau Müller-Preinesberger, dass die Kurzzeitpflege nicht in dem Umfang in Anspruch genommen wurde, in dem sie vorgehalten wurde. In der Landeshauptstadt Potsdam werden Plätze für Verhinderungspflege benötigt.

Des Weiteren teilt Herr Puschmann mit, dass im Rahmen der Sitzung des Seniorenbeirates eine Spendensammlung durchgeführt wurde. Von den Spenden wird Literatur besorgt, die den Flüchtlingen zur Verfügung gestellt werden soll.

zu 4 Wahl eines Mitgliedes des GSI-Ausschusses in die Trägerversammlung des Jobcenters Potsdam

Frau Eisenblätter gibt die Leitung der Sitzung an Frau Eifler als stellvertretende Ausschussvorsitzende ab, da sie sich zur Wahl stellt.

Frau Eifler bittet um Abstimmung darüber, dass Frau Eisenblätter den Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion in der Trägerversammlung des Jobcenters Potsdam vertritt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	0
Stimmhaltung:	1

Somit ist Frau Imke Eisenblätter als Vertreterin des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Inklusion in der Trägerversammlung des Jobcenters Potsdam gewählt.

zu 5 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 5.1 Antragsformular zur Ermäßigung oder Befreiung von der Personalausweisgebühr

Vorlage: 15/SVV/0703

Fraktion DIE aNDERE

- Wiedervorlage -

Frau Anlauff stellt klar, dass sie mit dem Antrag eine Vereinfachung des Verfahrens anstreben wollte.

Sie bringt folgende **geänderte Fassung des Antrages** ein:

„Die Verwaltung wird beauftragt, ein Merkblatt für Bürger*innen zu erstellen und bei Beantragung eines Personalausweises bereitzuhalten, dem unter Berücksichtigung der Pflichten der Verwaltung nach §§ 24, 25 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) alle Voraussetzungen zu entnehmen sind, nach denen gemäß § 1 Abs. 6 Personalausweisgebührenverordnung ein Antrag auf Ermäßigung bzw. Erlass der Gebühren bei Beantragung des Personalausweises gestellt werden kann.

Die Stadtverordnetenversammlung ist im März 2016 in einer Mitteilungsvorlage über die Umsetzung und den erreichten Sachstand zu informieren.“

Frau Müller-Preinesberger weist darauf hin, dass die Verwaltung verpflichtet ist, die Bürger zu informieren und dies auch tut. Sie macht deutlich, dass es sich hier immer um Einzelfallentscheidungen handelt. Mit einem Merkblatt würde eine Einengung erfolgen. Dies ist ermessensfehlerhaft und damit rechtlich angreifbar.

Frau Trilk (Bereich Bürgerservice) ergänzt, dass bereits ein Merkblatt entwickelt wurde. Auch eine Checkliste für die Mitarbeiter gibt es.

Herr Schubert schlägt vor, dies vom Merkblatt zu lösen.

Er bringt folgenden **Änderungsvorschlag** ein:

„Der Oberbürgermeister wird beauftragt dafür Sorge zu tragen, dass bei der Beantragung eines Personalausweises über die Möglichkeit der Gebührenbefreiung bei Bedürftigkeit informiert wird.

Die Stadtverordnetenversammlung ist im März 2016 zu informieren.“

Frau Schulze weist darauf hin, dass die Ermäßigung bzw. Befreiung von den Gebühren auf Nachfrage des Antragstellers erfolgt. Diese Möglichkeit wird von dem Personenkreis nicht genutzt. Sie bittet die Mitarbeiter des Bürgerservice, die Antragsteller zu ermutigen, die entsprechenden Anträge zu stellen.

Frau Tinney schlägt vor, den Formulierungsvorschlag von Herrn Schubert um **„aktiv informieren“** ergänzen.

Frau Müller-Preinesberger schlägt vor, ein Hinweisplakat im Bürgerservice gut sichtbar anzubringen, welches die Antragsteller ermutigt, die Mitarbeiter des Bürgerservice darauf anzusprechen. Es kann dann nach einem Jahr über die Wirkung des Plakates berichtet werden.

Herr Schubert **ergänzt seinen Änderungsvorschlag** wie folgt: Der Oberbürgermeister wird beauftragt, **in geeigneter Weise** dafür Sorge zu tragen, dass bei der Beantragung eines Personalausweises **aktiv** über die Möglichkeit der Gebührenbefreiung bei Bedürftigkeit informiert wird.“

Frau Basekow bittet um eine Aussage zu dem System der Terminvergabe für das Bürgerservicecenter. Sie weist darauf hin, dass online für eine Ummeldung erst Termine im Januar 2016 zu erhalten sind. Auch vor Ort werden Termine erst für Januar vergeben, außer an Samstagen.

Frau Trilk erklärt, dass seit April 2015 im Bürgerservice Center ausschließlich mit Terminverwaltung gearbeitet wird. Dies hat den Vorteil, dass für den Bürger lange Wartezeiten vermieden werden.

Sie macht deutlich, dass in der Vergangenheit Wartezeiten von bis zu zwei Stunden angefallen sind. Oft musste der Ticket-Automat abgeschaltet werden, da zu viele Wartende vor Ort waren, deren Anliegen dann nicht mehr bearbeitet werden konnten.

Frau Trilk betont, dass täglich Termine vergeben werden, auch telefonische Terminvereinbarung ist möglich. Parallel zu der Arbeit im Servicecenter fahren Mitarbeiter in die Senioreneinrichtungen, um dort die Kunden zu bedienen, die nicht in das Servicecenter kommen können. Auch die Anträge der ankommenden Flüchtlinge müssen bearbeitet werden.

Frau Trilk betont, dass nur 40 % der Termine online und 60 % vor Ort vergeben werden.

Frau Prestin (Bürgerservicecenter) erklärt, dass die Terminvergabe vor Ort für Termine am gleichen Tag täglich nach Anzahl der anwesenden Kollegen erfolgt. Die Online-Termin-Vergabe ist nur immer für 4 bis 5 Wochen freigeschalten.

Frau Schulze erinnert daran, dass der Bürgerservice seinerzeit sehr erfolgreich eingerichtet wurde. Sie schlägt vor, im Mai 2016 im Ausschuss für Gesundheit und Soziales zu berichten, wie das System der Terminvergabe funktioniert.

Frau Anlauff über nimmt den Änderungsvorschlag von Herrn Schubert.

Frau Eisenblätter stellt den Änderungsantrag zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	7
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

Anschließend bittet sie um Abstimmung über die so geänderte Drucksache.

Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in geeigneter Weise dafür Sorge zu tragen, dass bei der Beantragung eines Personalausweises aktiv über die Möglichkeit der Gebührenbefreiung bei Bedürftigkeit informiert wird. Die Stadtverordnetenversammlung ist im März 2016 zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	7
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

zu 5.2 **Soziale Arbeit mit Flüchtlingen in der Landeshauptstadt Potsdam**

Vorlage: 15/SVV/0743

Fraktion DIE LINKE

- Wiedervorlage -

Frau Schulze bringt die neue Fassung des Antrages ein und gibt Erläuterungen.

Herr Schubert bittet um nähere Erläuterung bezüglich des Monitorings.

Frau Basekow macht deutlich, dass es wichtig ist, sich immer an der Bedarfslage zu orientieren und fortlaufend zu arbeiten. In den bestehenden Netzwerk-Runden wird oft gefragt, warum diese noch weiter bestehen, auch wenn der ursprüngliche Auftrag erfüllt ist.

Frau Müller-Preinesberger legt fest, dass die Netzwerk-Runden beibehalten bleiben, da diese auch für die weitere Zusammenarbeit der Träger wichtig sind. Darüber hinaus gibt es den Fachgesprächskreis für Migration und Integration und die verschiedenen Runden zur Fortschreibung des Integrationskonzeptes. Die Runden müssen fortgeführt werden.

Frau Basekow betont, dass auch der Werkstattbericht aus dem Jahr 2014 hier einfließen soll.

Frau Grasnick betont, dass das Integrationskonzept fortgeschrieben werden soll. Es soll eine Maßnahmeplanung zum Integrationskonzept erarbeitet werden und dann auch eine Kontrolle der Umsetzung erfolgen.

Frau Schulze beantragt die Zurückstellung des Antrages bis zur Sitzung am 19.01.2016.

Frau Eisenblätter stellt den Antrag zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 7

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 0

zu 5.3 **Berücksichtigung von Vorbereitungsklassen bei der Planung/Errichtung von Schulneubauten**

Vorlage: 15/SVV/0800

Fraktion CDU/ANW, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Dünn bringt den Antrag ein und begründet diesen.

Herr Schubert betont, dass die Verwaltung beauftragt werden soll, auf das Land zuzugehen und schlägt folgende **Ergänzung** vor: **“Vorab ist mit dem MBSJ und dem MIK zu klären, ob Abweichungen vom Raumprogramm des MBSJ zum Zwecke der Verbesserung der Arbeit mit Kindern mit Migrationshintergrund fachlich und haushalterisch genehmigt werden.“**

Herr Werner (FB Bildung und Sport) erklärt, dass es bereits Gespräch mit dem Ministerium dazu gibt. Es muss aber auch darauf geachtet werden, dass dies nicht dem Refinanzierungsplan für Schulentwicklungsplan widerspricht. Das MIK

sieht die Raumplanempfehlungen des MBS als gegeben. Das MBS dagegen sieht Raumprogramm als Empfehlung an. Zusätzliche Räume sind bei Schulneubauten nicht vorgesehen.

Herr Dünn macht deutlich, dass es ein klarer Auftrag ist.

Frau Schulze spricht sich für die von Herrn Schubert angeregte Ergänzung aus.

Herr Schubert betont, dass man hierbei sehen muss, wie gemeinsam mit der Verwaltung ein Weg beschritten werden kann.

Herr Dünn übernimmt die Ergänzung.

Frau Müller-Preinesberger macht darauf aufmerksam, dass auch das Thema Inklusion betrachtet werden muss.

Die Ausschusmitglieder verständigen sich, dies in den Antrag aufzunehmen.

Frau Eisenblätter bittet um Abstimmung über die Ergänzung im ersten Satz des Antrages.

Ergänzung:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, bei der Planung/Errichtung neuer Schulstandorte in der Landeshauptstadt Potsdam **neben den Bedarfen zur Umsetzung der Inklusion** Räumlichkeiten für Vorbereitungsklassen für aus dem Ausland zugezogene Kinder und Jugendliche zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 7
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 0

Frau Eisenblätter stellt folgenden Ergänzungsvorschlag von Herrn Schubert zur Abstimmung.

Ergänzung:

Vorab ist mit dem MBS und dem MIK zu klären, ob Abweichungen vom Raumprogramm des MBS zum Zwecke der Verbesserung der Arbeit mit Kindern mit Migrationshintergrund fachlich und haushalterisch genehmigt werden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 7
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 0

Anschließend bittet Frau Eisenblätter um Abstimmung über die so geänderte Drucksache.

Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, bei der Planung/Errichtung neuer Schulstandorte in der Landeshauptstadt Potsdam **neben den Bedarfen zur Umsetzung der Inklusion** Räumlichkeiten für Vorbereitungsklassen für aus dem Ausland zugezogene Kinder und Jugendliche zu berücksichtigen. Die

Berichterstattung möge im Rahmen der regulären Berichte zum Schulentwicklungsplan erfolgen.

Vorab ist mit dem MBS und dem MIK zu klären, ob Abweichungen vom Raumprogramm des MBS zum Zwecke der Verbesserung der Arbeit mit Kindern mit Migrationshintergrund fachlich und haushalterisch genehmigt werden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 7

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 0

zu 6 Sonstiges

Frau Eisenblätter teilt mit, dass in der Sitzung am 19.01.2016 die Schwerpunktthemen für 2016 besprochen werden sollen. Themenvorschläge können bereits im Vorfeld an Frau Spyra geschickt werden.

Auf Nachfrage teilt Herr Thomann mit, dass die Stelle der Gesundheits- und Sozialplanung bereits ausgeschrieben wurde und bereits Bewerbungen sind eingegangen.

Imke Eisenblätter
Ausschussvorsitzende

Martina Spyra
Schriftführerin

*Ausschuss
für Gesundheit, Soziales und Inklusion
am 19.01.2016*

TOP 4

**Förderprojekte
freiwilliger Leistungen
2016**

Vermerk

zur Beratung am 06.01.2016 mit Vertretern des GSI-Ausschusses zu den Förderanträgen 2016 gemäß Förderrichtlinie

Teilnehmer:

Frau Schulze	Mitglied GSI – Ausschuss
Frau Dreusicke	sachkundige Einwohnerin GSI – Ausschuss
Frau Tinney	sachkundige Einwohnerin GSI – Ausschuss (später hinzugekommen)
Herr Richter	Fachbereich Soziales und Gesundheit
Frau Senf	Fachbereich Soziales und Gesundheit (zeitweise)
Herr Burchert	Fachbereich Soziales und Gesundheit

Frau Grasnick Büro für Chancengleichheit und Vielfalt – entschuldigt

Hinweis: Die in der beiliegenden Liste unterbrochene fortlaufende Nummerierung ist durch Projekte aus dem Integrationsbudget für Flüchtlinge belegt, die gesondert behandelt werden. Die Projekte Nr. 1 – 6 sind vertraglich gebunden und werden deshalb nicht bewertet.

Zu den für das Haushaltsjahr 2016 eingegangenen Förderanträgen wurden folgende Empfehlungen und Hinweise seitens des Gremiums ausgesprochen:

1. Änderungen zu der Vorschlagsliste

Die Vorschlagsliste seitens der Verwaltung wird mit folgenden Änderungen mitgetragen:

Projekt-Nr.: 15 PSAG – Unterstützung des Sprecherrates - keine Förderung

Die Antragstellung lässt keine inhaltliche Notwendigkeit einer Förderung erkennen. Die beantragten Kosten für die PSAG können auch in Abstimmung durch die in der PSAG vertretenen Träger und Vereine gemeinschaftlich getragen werden.

Projekt-Nr.: 36 Seniorenbeirat – Broschüre Zeitzeugen - Förderung empfohlen

Aufgrund der nicht erreichten Mindestbewertungszahl (12) hat die Verwaltung keine Förderempfehlung ausgesprochen. Das Beratungsgremium hat sich mehrheitlich dennoch für eine letztmalige Förderung entschieden. Das Projekt als solches wird für gut befunden, sollte dennoch zukünftig mehr über andere Finanzierungsmöglichkeiten (Sponsoring u..ä.) abgesichert werden, da die vorhandenen Fördermittel verstärkt für andere notwendige soziale Projekte benötigt werden.

Projekt-Nr.: 53 Soziale Stadt e.V. – Sport für Jung und Alt - keine Förderung

Angesichts der vielen in der Landeshauptstadt Potsdam aktiven Sportvereinen und –möglichkeiten wird die Notwendigkeit einer Förderung für dieses Projekt nicht gesehen.

2. Weitere Hinweise Empfehlungen zu der Vorschlagsliste

Projekte-Nr.: 7 und 8 Mehrgenerationenhäuser und Projekt Drewitz/ Kirchsteigfeld

Für diese nicht weiter untersetzten Projektvorstellungen wurden bis dato Mittel im Doppelhaushalt 2015/2016 vorgehalten. Da es derzeit auch keine weiteren konkreten Vorstellungen/ Umsetzungen für diese Projekte gibt, sollten die Positionen für den künftigen Doppelhaushalt 2017/2018 gestrichen werden.

Projekt-Nr.: 13 AWO – Präventives-Antischulden und Solvenztraining

Dieses Projekt wird als niedrigschwelliges Angebot angesehen. Trotzdem wird empfohlen, dieses Projekt kritisch zu begleiten, ob es inhaltlich und in dem vorgesehen Umfang dem vorgesehenen Förderzweck entspricht.

Projekt-Nr.: 23 Behindertenbeirat – Beiratsarbeit

Angesichts des Aufwuchses an Fördermitteln, sollte der Zuwendungsempfänger seine Arbeit und die Ergebnisse der geförderten Maßnahme zukünftig stärker zum Ausdruck bringen.

Projekt-Nr.: 31 Diakonisches Werk - Beratungsfachdienst für Migranten

Hier hat die Verwaltung keine Förderung empfohlen. Einige Gremiumsmitglieder haben sich dennoch für eine Förderung ausgesprochen. In der Beratung hat die Verwaltung nochmals den Sachstand bzgl. der regionalen und überregionalen Beratungsangebote für Flüchtlinge und Migranten dargestellt und die begründenden Argumente für die Nichtförderung des Antrages erläutert. Im Ergebnis dessen wurde mehrheitlich der Vorschlag der Verwaltung, dieses Projekt nicht zu fördern, angenommen.

Projekt-Nr.: 32 ZWST – soziale Beratung jüdischer Zuwanderer

Dieses Projekt wird seit 2005 auf Grundlage einer gemeinsamen Konzeption LHP/ ZWST gefördert. Hierzu sollte eine Bewertung vorgenommen werden, ob und in welchem Umfang eine Förderung in den nächsten Jahren noch notwendig erscheint.

3. Fazit

Die o.g. Hinweise und die in der beiliegenden Liste aufgeführten Fördervorschläge werden dem Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion in seiner Sitzung am 19.01.2016 zur Empfehlung und Bestätigung vorgelegt.

Frank Thomann
Fachbereichsleiter

Anlage

Lfd. Nr.:	Antragsteller	Projekt	Förderung 2015	HH - Planung 2016	Antrag 2016	Bewertungszahl 2016	Vorschlag Förderung 2016	Bemerkungen
1	Creso	Aufsuchende Sozialarbeit	102.000,00	87.000,00	102.000,00	-	102.000,00	vertragliche Regelung
2	Potsdamer Tafel	Ausgabestelle Drewitzer Str.	22.500,00	25.000,00	22.500,00	-	22.500,00	Vereinbarung mit KIS SVV-Beschluss
3	Diakonie, AWO, Arbeitslosenverband	Schuldnerberatung	20.000,00	20.000,00	20.000,00	-	20.000,00	vertragliche Regelung und Co-Finanzierung durch MBS
4	Autonomes Frauzentrum	Nothilfefonds	12.000,00	12.000,00	12.000,00	-	12.000,00	SVV-Beschluss
5	Caritasverband	Allg. soziale Beratungsstelle	1.000,00	1.000,00	1.000,00	-	1.000,00	vertragliche Regelung
6	Diakonisches Werk Pdm.	Allg. soziale Beratungsstelle	1.000,00	1.000,00	1.000,00	-	1.000,00	vertragliche Regelung
7	n.n.	Mehrgenerationenhäuser	0,00	10.000,00	-	-	0,00	Projekt noch nicht in Umsetzung
8	n.n.	Drewitz/ Kirchsteigfeld	0,00	50.000,00	-	-	0,00	Projekt noch nicht in Umsetzung
9	SEKIZ	Kontaktstelle Begegnungszentrum Freiwilligenagentur	138.000,00	139.000,00	154.569,46	31	138.000,00	
10	Autonomes Frauzentrum	Beratungsstelle für Frauen und Mädchen	52.005,00	43.400,00	54.890,00	28	54.890,00	dav. 26.900,00 € vom LASV Erhöhung der LASV-Mittel im HH 2015
11	Autonomes Frauzentrum	Zufluchtswohnung	33.417,00	39.000,00	34.666,00	28	34.666,00	
12	Autonomes Frauzentrum	Frauenhaus Präventives Arbeitschulden und Sozialtraining	159.884,89	168.600,00	164.217,47	28	164.217,47	dav. 35.600,00 € vom LASV
13	AWO		0,00	7.500,00	12.546,48	28	7.500,00	
14	Hoffbauer-Stiftung	ambulanter Hospizdienst	42.000,00	45.000,00	63.535,00	26	42.000,00	
15	Psychosoziale Arbeitsgemeinschaft	Unterstützung Sprecherrat	0,00	0,00	2.000,00	26	0,00	

Lfd. Nr.:	Antragsteller	Projekt	Förderung 2015	HH - Planung 2016	Antrag 2016	Bewertungszahl 2016	Vorschlag Förderung 2016	Bemerkungen
16	Sozialwerk	Beratungsstelle für Sehbehinderte	30.483,00	32.000,00	30.483,00	25	30.483,00	
17	Volkssolidarität	Soziales Zentrum (Suppenküche)	81.600,00	104.000,00	145.870,00	24	151.870,00	56 T€ zusätzliche Mietkosten! 6 T€ Reserve für Betriebskosten
18	Volkssolidarität	Weihnachtsfeier in der Suppenküche	550,00	500,00	550,00	24	550,00	
19	Seniorenbeirat	Seniorenbüro	2.000,00	2.000,00	2.000,00	24	2.000,00	
20	Paritätischer Wohlfahrtsverband	Haus der Begegnung Zum Teufelsee 30	143.000,00	151.000,00	148.000,00	24	143.000,00	
21	AWO	Seniorenfreizeitstätte Zentrum-Ost	0,00	0,00	30.000,00	24	13.000,00	50% Förderhöhe analog Projekt Nr. 30
22	Deutscher Diabetiker Bund	Öffentlichkeitsarbeit	0,00	0,00	10.475,00	24	3.000,00	neues Projekt Anfangsförderung!
23	Behindertenbeirat	Beiratsarbeit	10.557,00	9.000,00	11.507,00	23	11.507,00	
24	Kreisverband d. Gehörlosen	Beratungsstelle	56.300,00	70.000,00	60.200,00	22	60.200,00	dav. 30.100,00 € von PM
25	Kreisverband d. Gehörlosen	Dolmetscher	21.500,00	1.000,00	10.500,00	22	10.500,00	
26	Ev. Kirchengemeinde Babelsberg	Seniorenfreizeitstätte (Weberviertel)	26.000,00	28.000,00	26.000,00	22	26.000,00	
27	Volkssolidarität	Seniorenfreizeitstätte (Kiewitt)	36.000,00	39.000,00	36.000,00	22	36.000,00	
28	Sinfonieorchester	für Senioren	2.000,00	2.000,00	2.000,00	22	2.000,00	
29	Stadteilladen im Kirchsteigfeld	Stadteilladen Kirchsteigfeld	27.000,00	28.000,00	28.000,00	21	27.000,00	
30	AWO	Seniorenfreizeitstätte Waldstadt	26.000,00	28.000,00	30.000,00	20	26.000,00	

Lfd. Nr.:	Antragsteller	Projekt	Förderung 2015	HH - Planung 2016	Antrag 2016	Bewertungszahl 2016	Vorschlag Förderung 2016	Bemerkungen
31	Diakonisches Werk Pdm.	Beratungsfachdienst für Migranten	0,00	0,00	22.100,00	20	0,00	Projektleistung ausgeschrieben hierzu gibt es Leistungsvereinbarungen
32	ZWST	soziale Beratung jüd. Zuwanderer	43.000,00	44.000,00	46.000,00	19	43.000,00	
33	Seniorenbeirat	22./ 23. Seniorenwoche	4.000,00	4.000,00	4.000,00	17	4.000,00	
34	Alfred und Toni Dahlweid Stift.	Seniorenfreizeitstätte Zentrum-Ost	6.000,00	6.000,00	6.000,00	16	6.000,00	
35	Wir für uns	Begegnungsstätte Drewitz	2.944,00	4.000,00	3.068,00	15	2.944,00	
36	Seniorenbeirat	Broschüre Zeitzeugen	2.300,00	2.000,00	2.300,00	11	2.300,00	
37	Hartz IV e.V.	Hartz IV-Beratung	0,00	0,00	38.176,40	-	0,00	gleicher Antrag wurde für 2015 abgelehnt, keine Zuständigkeit
38	Kultür	Vermittlung von Kulturangeboten	0,00	0,00	41.180,00	-	0,00	Pilotprojekt 2015 erst auswerten
Summe soziale Projekte Produkt 3517002			1.105.040,89	1.203.000,00	1.379.333,81		1.201.127,47	

Lfd. Nr.:	Antragsteller	Projekt	Förderung 2015	HH - Planung 2016	Antrag 2016	Bewertungs- zahl 2016	Vorschlag Förderung 2016	Bemerkungen
47	Chill out e. V.	Suchtprävention "Sternstunde"	15.000,00	15.000,00	19.998,50	-	20.000,00	interne Verrechnung gegenüber FB 35 Antragsverfahren läuft über FB 35
48	Chill out e. V.	Suchtprävention	17.000,00	15.000,00	25.391,00	-	27.400,00	interne Verrechnung gegenüber FB 35 Antragsverfahren läuft über FB 35
49	Klinikum Ernst von Bergmann	KBS f. psych. Kranke Menschen	109.700,00	109.700,00	130.860,00	30	110.000,00	dav. 43.500,00 € vom Land
51	AWO	Suchtberatungsstelle	190.000,00	190.000,00	200.000,00	28	190.000,00	dav. 43.500,00 € vom Land
52	AIDS-Hilfe	Projektförderung	27.900,00	27.900,00	30.200,00	28	27.900,00	
53	Soziale Stadt	Sport für Jung und alt	5.050,00	5.050,00	7.635,00	27	0,00	
54	Familienzentrum an der Fachhochschule	angeleitete Eltern-Kind-Gruppe ehrenamtl.	0,00	0,00	20.988,07	27	0,00	neues Projekt, im HH 2016 aber nicht geplant
55	Akademie 2. Lebenshälfte	Begleiterinnen in der Häuslichkeit	0,00	6.000,00	6.000,00	25	6.000,00	neues Projekt im HH 2016 bereits eingeplant
56	Volkssolidarität	Betreuungsgruppe	10.940,00	10.940,00	12.325,00	24	11.000,00	
57	Volkssolidarität	2. Betreuungsgruppe	8.800,00	8.800,00	11.900,00	24	8.800,00	
58	Akademie 2. Lebenshälfte	Ehrenamt in Drewitz	5.270,00	5.270,00	5.923,00	24	5.270,00	
59	LAFIM	Betreuungsgruppe	1.500,00	1.500,00	3.260,67	23	2.000,00	
60	Volkssolidarität	Kontakt- u. Beratungs- stelle für Demenz	9.930,00	9.930,00	14.600,00	23	9.930,00	
61	Volkssolidarität	Selbsthilfe-Kontaktstelle	9.300,00	9.300,00	11.300,00	23	9.400,00	
62	LAFIM	Beratungsstelle für Menschen mit Demenz	7.350,00	7.350,00	14.296,65	22	7.350,00	
63	Volkssolidarität	Helferinnenkreis	5.315,00	5.315,00	6.065,00	22	5.350,00	

Lfd. Nr.:	Antragsteller	Projekt	Förderung 2015	HH - Planung 2016	Antrag 2016	Bewertungszahl 2016	Vorschlag Förderung 2016	Bemerkungen
64	LAFIM	Helperinnenkreis	1.860,00	1.860,00	2.960,07	21	2.000,00	
65	Akademie 2. Lebenshälfte	Kontaktstelle	5.450,00	5.450,00	19.790,00	21	5.450,00	
66	LAFIM	Angehörigengruppe	1.000,00	1.000,00	2.970,57	20	1.000,00	
68	Volkssolidarität	Angehörigengruppe	500,00	500,00	830,00	20	500,00	
69	Akademie 2. Lebenshälfte	Alter engagiert sich	7.100,00	7.100,00	10.075,00	20	7.100,00	
70	Akademie 2. Lebenshälfte	Pflegebegleiterinitiative	7.500,00	7.500,00	26.807,00	18	7.500,00	
71	Malteser Hilfsdienst	Einzelbetreuung/ Entlastungsangebote Demenz	0,00	0,00	7.535,00	17	0,00	neues Projekt aber im HH 2016 nicht eingeplant
73	AWO	Gemeinsames Kochen mit Familien - Gesunde Ernährung	3.200,00	3.200,00	4.620,00	0	0,00	fachliche Ablehnung
74	AWO	Eltern-Kind-Sport / Eltern- Kind-Schwimmen	4.300,00	4.300,00	4.540,00	0	0,00	fachliche Ablehnung
Summe Gesundheitsprojekte Produkt 4140000			431.865,00	435.865,00	547.293,53		463.950,00	
Hinweis: Neuanträge für 2016 sind "fett" geschrieben								

*Ausschuss
für Gesundheit, Soziales und Inklusion
am 19.01.2016*

TOP 5

**Themenplanung
2016**

Themenvorschläge für die Sitzungen des Ausschusses für Gesundheit und Soziales 2016

(Stand 07.01.2016)

Dienstag, 19. Januar 2016

- Bestätigung der Förderprojekte freiwilliger Leistungen 2016
- Themenplanung 2016
- Kindergesundheitshaus

Dienstag, 16. Februar 2016

- Gewaltfreie Pflege
- Information über Erstuntersuchungen und medizinische Versorgung von Asylsuchenden in der LHP

Dienstag, 15. März 2016

- Vorstellung des neuen Geschäftsführers des Jobcenters Potsdam
- Bericht über die Arbeit des Jobcenters der Landeshauptstadt Potsdam (Rückblick – Ausblick)
- Bericht über die Arbeit der Fachstelle für Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigungsförderung der Landeshauptstadt Potsdam (Rückblick – Ausblick)
- Vorstellung der Jugendberufsagentur
- Vorstellung des Potsdamer Seniorenplanes

Dienstag, 19. April 2016

- Bericht über die Arbeit des Sozialwerkes Potsdam
- Bericht über die Arbeit der Potsdamer Tafel
- Erste Erfahrungen mit der Wohngeldnovelle
- Wohnungssicherung

Dienstag, 24. Mai 2016

- Bericht über die Arbeit des Bürgerservicecenters
- Integration von Flüchtlingen

Dienstag, 14. Juni 2016

- Bericht über die Erfahrungen mit der Finanzierung der sozialen Beratung von Flüchtlingen in Wohnungen über Fachleistungsstunden
- Gruppenprophylaxe in Kita und Schule

Dienstag, 06. September 2016

- Bericht der PSAG

Dienstag, 11. Oktober 2016

- Benennung von drei Mitgliedern in das Auswahlgremium für Förderprojekte freiwilliger Leistungen 2017 und 2018

Dienstag, 15. November 2016

- Bestätigung der Förderprojekte freiwilliger Leistungen 2017

Dienstag, 20. Dezember 2016



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

15/SVV/0575

öffentlich

Betreff:

Unabhängige Beratungsstelle für Menschen mit Beeinträchtigung

Einreicher: Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU/ANW

Erstellungsdatum 12.08.2015

Eingang 922:

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
09.09.2015	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ab Januar 2017 eine unabhängige Beratungsstelle für Menschen mit Beeinträchtigung einzurichten, die Betroffene und/oder ihre Angehörige begleitet. Professionelle Berater können dabei auch durch die Kompetenz von Betroffenen/Angehörigen unterstützt werden.

Ein entsprechendes Konzept soll bis zum Juli 2016 in der Stadtverordnetenversammlung vorgestellt werden.

gez. Peter Schüler
Fraktionsvorsitzender
Bündnis 90/Die Grünen

gez. Matthias Finken
Fraktionsvorsitzender
CDU/ANW

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

In Potsdam leben etwa 21.000 Menschen mit Beeinträchtigung, 15.500 davon sind schwerbehindert, Tendenz steigend.

Wenn Eltern/Angehörige erfahren, dass ihr Kind/Verwandter eine Behinderung hat oder von Behinderung bedroht ist, beginnt ein jahrelanger, Ordner füllender Weg von Amt zu Amt, den sich „Neulinge“ erst mühsam erarbeiten müssen: für den Behindertenausweis zum Versorgungsamt, für die Frühförderung in der Kita zur Frühförderstelle, für die inklusive Beschulung zur Sonderpädagogischen Beratungsstelle, für den Antrag der Einzelfallhelfer zum Sozialamt, zur Pflegeversicherung für die Feststellung der Pflegestufe etc. etc.

Die neue Beratungsstelle soll allen Betroffenen und Angehörigen den Weg durch den Amtsdschungel erleichtern, schließlich ist der Alltag mit Beeinträchtigung schwer genug. Aufgaben der Beratungsstelle könnten sein:

- Wegweiser der einzelnen Institutionen, wer ist wofür zuständig
- Beratung rund um den Behindertenausweis, Anträge ausreichen
- Möglichkeiten der Förderung je nach Alter und Entwicklungsstand des Kindes aufzeigen
- Über steuerliche Begünstigungen informieren
- Gespräche mit Kindergärten und Schulen führen, wenn es Probleme beim Thema Inklusion gibt
- Schulberatung - welche Schule kommt für mein Kind in Frage?
- Wo findet in meiner Wohnortnähe Inklusion statt?
- Wie sieht der Förderunterricht aus?
- Wo kann ich einen Fahrdienst beantragen?
- Wie funktioniert ein Einzelfallhelfer, wo stelle ich den Antrag dafür?
- Was ist das persönliche Budget und wie kann ich es beantragen? Bis hin zur Unterstützung bei der Abrechnung.
- Welche inklusionsfähigen Freizeitangebote gibt es für mein Kind? —> Sammlung von Sport-, Kreativ-, Ferien- u.a. Angeboten
- Sammlung/ Überblick über inklusionsfähige Kitas, Schulen, Horte
- Sammlung/ Überblick über ärztliche und therapeutische Möglichkeiten und Praxen
- Welche beruflichen Möglichkeiten hat mein Kind? —> Sammlung von Ausbildungsstätten, Werkstätten und aufgeschlossenen Betrieben
- Praktikums- und Stellenberatung für Jugendliche mit Beeinträchtigung
- Koordinierung von Wohnheimplätzen und Hilfe beim Übergang vom Elternhaus in betreutes Wohnen

- Beratung zum Thema Behinderung und Sexualität (Pubertät, Verhütung, Verhalten)
- Wohin in Notfall? (z.B. bei elterlicher Gewalt, Ausfall der Pflegeperson)

In zentral gelegenen, barrierefrei erreichbaren Räumen könnten z.B. alle zuständigen Ämter mit einem wöchentlichen Sprechtag vor Ort sein. Verschiedene Institutionen könnten als gemeinsames, unabhängiges Beratungsangebot vernetzt arbeiten.

Schön wäre, wenn das Beratungszentrum auch Raum zur Begegnung, wie ein Elterncafé oder Platz für Eltern-, Betroffenen- und Selbsthilfegruppen bieten würde, oder eine Gruppe für Geschwisterkinder von Kindern mit Behinderung u.ä..



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

15/SVV/0743

öffentlich

Betreff:

Soziale Arbeit mit Flüchtlingen in der Landeshauptstadt Potsdam

Einreicher: Fraktion DIE LINKE

Erstellungsdatum 13.10.2015

Eingang 922:

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung Gremium

Zuständigkeit

04.11.2015 Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt dafür Sorge zu tragen, dass Fachwerkstätten oder andere regelmäßige Diskussionsforen mit Trägern der Sozialen Flüchtlingsarbeit mit dem Ziel der Erarbeitung eines Konzeptes für die soziale Arbeit mit Flüchtlingen durchgeführt werden.

Der Werkstattbericht aus dem Jahr 2014 mit seinen Ergebnissen ist dabei grundlegend heran zu ziehen.

Eine erste Veranstaltung ist für das I. Quartal 2016 vorzubereiten.

gez. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Im Werkstattbericht „Soziale Arbeit mit Flüchtlingen in der Landeshauptstadt Potsdam“ vom März 2014 wurden von Seiten der Stadtverwaltung Möglichkeiten einer Fortsetzung des fachlich-strukturierten Austausches vorgeschlagen. Auf Grund der derzeitig sich vorrangig um die Unterbringung von Flüchtlingen konzentrierenden Tätigkeit der Potsdamer Stadtverwaltung ist dieses Anliegen etwas in den Hintergrund geraten. In den vergangenen Tagen und Wochen ist jedoch deutlich geworden, dass neben der Vernetzung von Willkommensstrukturen auch eine zukunftsorientierte regelmäßige Verständigung zwischen den Trägern erforderlich ist. Über die Erarbeitung eines so genannten Masterplanes ist dabei auch nachzudenken.



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

- Änderungsantrag
 Ergänzungsantrag
 Neue Fassung

zur Drucksache Nr.

15/SVV0743

 öffentlich**Einreicher: Fraktion DIE LINKE****Betreff:** Soziale Arbeit mit Flüchtlingen in der Landeshauptstadt Potsdam

Erstellungsdatum 19.11.2015

Eingang 922:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
25.11.2015	Hauptausschuss	X	
02.12.2015	Stadtverordnetenversammlung		X

Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird mit der Durchführung eines Monitorings in Vorbereitung der Erarbeitung eines Konzeptes für die soziale Arbeit mit Flüchtlingen mit einer klaren Kommunikationsstruktur und unter Beteiligung von haupt- und ehrenamtlichen Beschäftigten, Initiativen und Trägern der Arbeit mit Flüchtlingen wie auch dem Migrantenbeirat Potsdam beauftragt.

Als geeignetes Instrument für das Monitoring ist die bereits im Werkstattbericht „Soziale Arbeit mit Flüchtlingen in der Landeshauptstadt Potsdam“ vom März 2014 vorgestellte Verfahrensweise zu nutzen.

Der Stadtverordnetenversammlung ist im Mai 2016 über den Stand der Arbeit zu berichten.

gez. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift

Begründung:

In der Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Inklusion wurde informiert, dass bereits heute schon mehrere Arbeitsrunden für Abstimmungen auch über die soziale Integration unserer neuen Mitbürgerinnen und Mitbürger auf Verwaltungsebene mit den verantwortlichen Trägern für die Integrationsarbeit stattfinden. Diese Gesprächsrunden müssen genutzt und auch für alle transparent in ihrer Arbeit nachvollziehbar mit entsprechenden konzeptionellen Grundlagen ausgestattet werden, um eine kontinuierliche und effektive Integrationsarbeit zu ermöglichen, die in der gemeinsamen Erarbeitung eines Konzeptes mündet.